

Antrag auf Einbürgerung

- für Personen ab 16 Jahren –

(Stand November 2024)



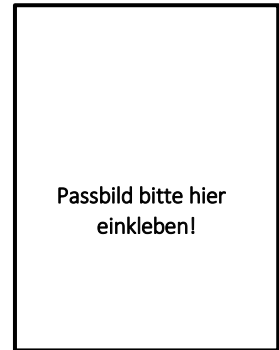
Für jede Person über 16 Jahre ist ein eigener Antrag erforderlich

Datenschutzrechtlicher Hinweis: Für die Bearbeitung Ihres Einbürgerungsantrages insbesondere nach den §§ 8 bis 12 i.V.m. §§ 31, 32 des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) werden verschiedene personenbezogene Daten benötigt. Ohne diese Angaben ist die Bearbeitung nicht möglich. Die Staatsangehörigkeitsbehörde muss hierzu die Daten erheben, verarbeiten und ggf. an Dritte weiterleiten. Die Regelungen der DSGVO werden hierbei beachtet. Bitte beachten Sie hierzu die Hinweise in unserem gesonderten Informationsblatt zum Datenschutz.

An: Landratsamt Hohenlohekreis
Staatsangehörigkeitsbehörde
Allee 17
74653 Künzelsau

Name: _____

ausgegeben am:



Einbuengerung@hohenlohekreis.de

Eingang:

1. Personalien	
Familienname	
ggf. Geburtsname	
ggf. frühere Namen	
Vorname(n)	
Geburtsdatum	
Geburtsort und Land	
Geschlecht	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers
Religion	
Aktuelle Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	
Adresse Neben-/ 2. Wohnsitz (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	
Familienstand	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet seit _____ <input type="checkbox"/> verwitwet seit _____ <input type="checkbox"/> geschieden seit _____ <input type="checkbox"/> Lebenspartnerschaft seit _____ <input type="checkbox"/> getrennt lebend seit _____

2. Kontaktdaten	
Telefonnummer	
E-Mail-Adresse	

3. Ehegatte / Lebenspartner	
Familienname, ggf. Geburtsname	
ggf. frühere Namen	
Vorname(n)	
Geburtsdatum	
Geburtsort und Land	
Geschlecht	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers
Staatsangehörigkeit(en)	
Aktuelle Adresse <small>(Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)</small>	
Lebt aktuell in folgendem Land	
Ich bin aktuell mit mehr als einer Person <u>gleichzeitig</u> verheiratet	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

4. frühere/weitere Ehen / Lebenspartnerschaften			
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein			
Erste Ehe / Lebenspartnerschaft			
Familienname, ggf. Geburtsname		Vorname(n)	
Staatsangehörigkeit(en)			
Datum Eheschließung:			
Datum Scheidung:			
Rechtskraftdatum des Scheidungsurteils			
Anzahl Kinder aus dieser Ehe			
Zweite Ehe / Lebenspartnerschaft			
Familienname, ggf. Geburtsname		Vorname(n)	
Staatsangehörigkeit(en)			
Datum Eheschließung:			
Datum Scheidung:			
Rechtskraftdatum des Scheidungsurteils			
Anzahl Kinder aus dieser Ehe			

5. Kinder			
Es sind <u>alle</u> Kinder einzutragen (auch volljährige Kinder und nicht in der Haushaltsgemeinschaft lebende Kinder)			
	1. Kind	2. Kind	3. Kind
Familienname			
Ggf. Geburtsname, frühere Namen			
Vorname(n)			
Geburtsdatum			
Geburtsort und Land			
Geschlecht	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers
Staatsangehörigkeit(en)			
Adresse (wenn abweichend vom Antragsteller)			
Lebt in folgendem Land			
Das Kind ist	<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> Kind nicht miteinander verheirateter Eltern	<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> Kind nicht miteinander verheirateter Eltern	<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> Kind nicht miteinander verheirateter Eltern
	4. Kind	5. Kind	6. Kind
Familienname			
Ggf. Geburtsname, frühere Namen			
Vorname(n)			
Geburtsdatum			
Geburtsort und Land			
Geschlecht	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers
Staatsangehörigkeit(en)			
Adresse (wenn abweichend vom Antragsteller)			
Lebt in folgendem Land			
Das Kind ist	<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> Kind nicht miteinander verheirateter Eltern	<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> Kind nicht miteinander verheirateter Eltern	<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> Kind nicht miteinander verheirateter Eltern

6. Eltern des Antragstellers		
Dieser Punkt muss immer ausgefüllt werden, unabhängig vom Alter des Antragstellers!		
	Vater	Mutter
leiblich	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	wenn nein, Annahme (Adoption) als Kind erfolgt durch:	wenn nein, Annahme (Adoption) als Kind erfolgt durch:
Familienname		
ggf. Geburtsname, frühere Namen		
Vorname(n)		
Geburtsdatum		
Geburtsort und Land		
Staatsangehörigkeit(en)		
aktuelle Adresse (mit Land)		
Ort und Datum der Eheschließung		
verstorben	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am _____	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am _____

7. Staatsangehörigkeit	
Aktuelle Staatsangehörigkeit(en)	
erworben durch (z.B. Geburt / Abstammung, Einbürgerung, politische Gründe, ...)	<input type="checkbox"/> Geburt / Abstammung <input type="checkbox"/> auf Antrag (Einbürgerung) <input type="checkbox"/> sonstiges (z.B. politische Gründe, ...): _____
Nachweis	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein wenn ja: <input type="checkbox"/> Pass <input type="checkbox"/> Staatsangehörigkeitsausweis/-urkunde <input type="checkbox"/> Naturalisations-/Einbürgerungsurkunde <input type="checkbox"/> Bescheinigung des Heimatstaates <input type="checkbox"/> sonstiges: _____
Volkszugehörigkeit	
Frühere Staatsangehörigkeit(en)	
erworben durch	
verloren durch	
Nachweis	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein wenn ja: <input type="checkbox"/> Entlassungs-/Verzichtsurkunde <input type="checkbox"/> Bescheinigung des Heimatstaates <input type="checkbox"/> sonstiges: _____

8. Ausweis / Pass	
Ich besitze einen gültigen Nationalpass	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Ich besitze einen gültigen Ausweis / eine ID-Karte	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Ich besitze einen gültigen Reiseausweis für Flüchtlinge	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Ich besitze einen gültigen Reiseausweis für Ausländer	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Ich besitze einen gültigen Reiseausweis für Staatenlose	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Passnummer / Ausweisnummer	
gültig ab (TT.MM.JJJJ)	
gültig bis (TT.MM.JJJJ)	
ausstellende Behörde	

9. Aufenthaltsrecht (entfällt bei EU-Bürgern)	
Ich besitze einen gültigen Aufenthaltstitel	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Wenn ja: Gesetzliche Grundlage / Paragraph: _____
ausstellende Behörde	
gültig von	
Befristung / gültig bis	<input type="checkbox"/> unbefristet <input type="checkbox"/> befristet, gültig bis _____
Datum der <u>ersten</u> erteilten Aufenthaltserlaubnis	
Ich hatte früher eine Aufenthaltsgestattung	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Zeitraum der Aufenthaltsgestattung	
Ich hatte früher eine Duldung	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Zeitraum der Duldung	

10. Besonderer Status

Ich habe einen besonderen Status	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	wenn ja: <input type="checkbox"/> Vertriebene/r / Spätaussiedler/in <input type="checkbox"/> Asylberechtigte/r <input type="checkbox"/> anerkannter Flüchtling <input type="checkbox"/> subsidiär Schutzberechtigte/r <input type="checkbox"/> Abschiebeverbot <input type="checkbox"/> Einreise als Gastarbeiter in BRD bis 30.06.1974 bzw. dessen <input type="checkbox"/> Ehegatte, Nachzug in zeitlichem Zusammenhang <input type="checkbox"/> Einreise als Vertragsarbeitnehmer in DDR bis 13.06.1990 bzw. dessen <input type="checkbox"/> Ehegatte, Nachzug in zeitlichem Zusammenhang <input type="checkbox"/> sonstiges: _____
Nachweis		
Datum Einreise in die BRD/DDR		
Gründe für die Asylgewährung		
Die Gründe bestehen fort: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		

11. Aufenthaltszeiten

Aufenthaltszeiten und -orte (Monat/Jahr)		
Im Ausland (auch Heimatstaat!) – von Geburt an		
von	bis	Land, Kreis, Ort
In Deutschland - der letzten 5 Jahre		
von	bis	Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort, Bundesland

12. Schule, Ausbildung, Beruf

12.1 Schulbildung

von	bis	Schulart	Abschluss	Staat

12.2 Berufsausbildung, Weiterbildung, Studium

von	bis	Art (Berufsausbildung, Umschulung, Weiterbildung, Studium) & Ausbildungsberuf/ Studiengang	Abschluss	Staat

12.3 Arbeitsverhältnisse und selbständige Tätigkeiten in den letzten 5 Jahren

von	bis	Art (Berufsbezeichnung & Arbeitgeber))	befristet / unbefristet	Voll-/Teilzeit / Minijob / Selbständigkeit

13. Sprache / Staatsbürgerliche Kenntnisse / Integration	
Ich verfüge über die erforderlichen mündlichen und schriftlichen Kenntnisse der deutschen Sprache (mind. B1)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
deutsche Sprachkenntnisse erworben durch	<input type="checkbox"/> geboren & aufgewachsen im Bundesgebiet (oder anderem Staat bzw. dessen Gebiet, in dem Deutsch Amts- oder Umgangssprache ist, z.B. Österreich, Liechtenstein, Schweiz, ...) <input type="checkbox"/> Schulbesuch im Bundesgebiet <input type="checkbox"/> erfolgreicher Abschluss einer deutschsprachigen Berufsausbildung / eines deutschsprachigen Studiums im Bundesgebiet <input type="checkbox"/> erfolgreicher Abschluss eines Sprachkurses / Integrationskurses nach § 43 AufenthG <input type="checkbox"/> sonstiges _____
Staatsbürgerliche Kenntnisse erworben durch	<input type="checkbox"/> Schulbesuch im Bundesgebiet <input type="checkbox"/> erfolgreicher Abschluss einer deutschsprachigen Berufsausbildung / eines deutschsprachigen Studiums im Bundesgebiet <input type="checkbox"/> erfolgreicher Abschluss eines Integrationskurses nach § 43 AufenthG <input type="checkbox"/> sonstiges _____
Ich habe folgende(s) Zertifikat(e) erworben	<input type="checkbox"/> Sprachzertifikat B1 <input type="checkbox"/> Sprachzertifikat B2 <input type="checkbox"/> Sprachzertifikat C1 <input type="checkbox"/> Sprachzertifikat C2 <input type="checkbox"/> Zertifikat „Deutschtest für Zuwanderer (DTZ)“ <input type="checkbox"/> TestDaF <input type="checkbox"/> Zertifikat Einbürgerungstest <input type="checkbox"/> Zertifikat „Test Leben in Deutschland“ <input type="checkbox"/> Zertifikat „Integrationskurs“
im Bundesgebiet erbrachte besondere Integrationsleistungen (z.B. besonders gute schulische, berufsqualifizierende oder berufliche Leistungen, ehrenamtliches Engagement bei sozialen Diensten, bei der Feuerwehr)	

14. Straftaten, Ordnungswidrigkeiten und Ermittlungsverfahren (in Deutschland und im Ausland)	
Vorstrafen (egal, welche Höhe und wie alt)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Datum, Tatbestand, Strafmaß, Gericht, auch vollständig bezahlte Geldstrafen, Auflagen, Verwarnungen, Freiheitsstrafen die zur Bewährung ausgesetzt und erlassen wurden, Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung (§ 61 StGB); Kopie Urteil/Strafbefehl ist beizufügen!	
Bei einer Verurteilung ist auch anzugeben, ob ein antisemitischer, rassistischer, fremdenfeindlicher oder sonstiger menschenverachtender Beweggrund festgestellt wurde.	
Erhebliche Ordnungswidrigkeiten (Bußgeld ab 500,- EUR)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Datum, Tatbestand, Höhe des Bußgeldes, Angabe, ob das Bußgeld bereits bezahlt wurde; Kopie Bußgeldbescheid ist beizufügen!	
Gegen mich läuft derzeit ein Ermittlungsverfahren	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Nähere Angaben (Grund, Stand des Verfahrens, ermittelnde Behörde)	

15. Wirtschaftliche Verhältnisse

15.1 Einkünfte

eigene Einkünfte

Ich arbeite aktuell	<input type="checkbox"/> in Vollzeit <input type="checkbox"/> in Teilzeit <input type="checkbox"/> geringfügig (Minijob) <input type="checkbox"/> selbständig <input type="checkbox"/> Ausbildung/duales Studium seit _____	
	Netto-Einkünfte monatlich: EUR/Monat	Netto-Einkünfte jährlich: EUR/Jahr
	<input type="checkbox"/> Ich arbeite aktuell nicht. Der Grund hierfür ist:	
Rente (Altersrente, Erwerbsminderungsrente, Hinterbliebenenrente, ...)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, seit _____	
	Art:	Höhe der Rente: EUR/Monat
<u>aktueller</u> Bezug von Sozialleistungen nach SGB II (Bürgergeld) oder SGB XII (Grundsicherung)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, seit _____	
	Grund für den Leistungsbezug:	
<u>früherer</u> Bezug von Sozialleistungen nach SGB II oder SGB XII	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja Ende Leistungsbezug: _____	
Bezug von sonstigen öffentlichen Mitteln	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> Arbeitslosengeld <input type="checkbox"/> Wohngeld <input type="checkbox"/> Kinderzuschlag <input type="checkbox"/> Elterngeld <input type="checkbox"/> BAföG/BAB	
Mieteinkünfte	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Höhe der Mieteinkünfte (gesamt): EUR/Monat
Sonstige Einkünfte	Art:	Höhe der Einkünfte: EUR/Monat

Einkünfte Partner/in

Familienname, Vorname		
Erwerbstätigkeit	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	
	Wenn ja: <input type="checkbox"/> in Vollzeit <input type="checkbox"/> in Teilzeit <input type="checkbox"/> geringfügig (Minijob) <input type="checkbox"/> selbständig <input type="checkbox"/> Ausbildung/duales Studium <input type="checkbox"/> befristet <input type="checkbox"/> unbefristet Wenn nein, Grund:	
	Netto-Einkünfte monatlich EUR/Monat	Netto-Einkünfte jährlich EUR/Jahr
Rente	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, seit _____	
Sonstige Einkünfte	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Höhe: EUR/Monat
	Art:	

Einkünfte im Haushalt lebender Kinder		
Familienname, Vorname		
Erwerbstätigkeit	<input type="checkbox"/> in Vollzeit <input type="checkbox"/> in Teilzeit <input type="checkbox"/> geringfügig (Minijob) <input type="checkbox"/> selbständig <input type="checkbox"/> Ausbildung/duales Studium	
	Netto-Einkünfte monatlich EUR/Monat	Netto-Einkünfte jährlich EUR/Jahr
BAföG	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, seit _____	
Sonstige Einkünfte	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	
	Art:	Höhe: EUR/Monat
Familienname, Vorname		
Erwerbstätigkeit	<input type="checkbox"/> in Vollzeit <input type="checkbox"/> in Teilzeit <input type="checkbox"/> geringfügig (Minijob) <input type="checkbox"/> selbständig <input type="checkbox"/> Ausbildung/duales Studium	
	Netto-Einkünfte monatlich EUR/Monat	Netto-Einkünfte jährlich EUR/Jahr
BAföG	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, seit _____	
Sonstige Einkünfte	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	
	Art:	Höhe: EUR/Monat
Familienname, Vorname		
Erwerbstätigkeit	<input type="checkbox"/> in Vollzeit <input type="checkbox"/> in Teilzeit <input type="checkbox"/> geringfügig (Minijob) <input type="checkbox"/> selbständig <input type="checkbox"/> Ausbildung/duales Studium	
	Netto-Einkünfte monatlich EUR/Monat	Netto-Einkünfte jährlich EUR/Jahr
BAföG	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, seit _____	
Sonstige Einkünfte	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	
	Art:	Höhe: EUR/Monat
15.2 Vermögen, Altersvorsorge		
Altersvorsorge	<input type="checkbox"/> gesetzliche Rentenversicherung <input type="checkbox"/> private Altersvorsorge; Art: _____ <input type="checkbox"/> keine Altersvorsorge	
Grundstück/e (im In- und Ausland)		
Anderes Vermögen (Sparvermögen, usw.)		
15.3 Bedarf		
Schulden		
Kredite, Hypotheken, Schulden	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	
	wenn ja Art: _____ Höhe: _____ EUR Monatliche Tilgungsraten: _____ EUR / Monat	
Steuerrückstände auch für Familienangehörige	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	
Eintragung im Schuldnerverzeichnis	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	

Unterhaltsverpflichtungen		
Ich bezahle Unterhalt (an Familienangehörige, die nicht zur Haushaltsgemeinschaft gehören, z.B. (Ex-) Ehepartner, Kinder)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	wenn ja Art: _____ Höhe: _____ EUR / Monat
Unterhaltsrückstände	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	wenn ja Monatliche Tilgungsraten: _____ EUR / Monat ggf. zuständiges Jugendamt: _____
Kosten der Unterkunft		
Ich (und meine Familie)	<input type="checkbox"/> wohne(n) in Miete	Höhe der Mietkosten (kalt): _____ EUR / Monat Höhe der Nebenkosten: _____ EUR / Monat
	<input type="checkbox"/> habe(n) Eigentum, und zwar	<input type="checkbox"/> Haus <input type="checkbox"/> Eigentumswohnung <input type="checkbox"/> Mehrfach- Eigentum Höhe der monatlichen Nebenkosten: _____ EUR / Monat
	<input type="checkbox"/> wohne(n) mietfrei bei _____	

16. Sonstiges	
Ich habe in Deutschland bereits früher einen Einbürgerungsantrag gestellt	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am _____ bei der Behörde in _____

17. Begründung des Einbürgerungsantrages

Unterschrift Antragsteller (ggfs. Sorgeberechtigte(r) bzw. gesetzliche(r) Betreuer(in))	
Ort, Datum	Unterschrift

Der nachfolgende Abschnitt ist nur auszufüllen, wenn die Einbürgerung minderjähriger Kinder gemeinsam mit dem antragstellenden Elternteil beantragt wird!

Ich beantrage / wir beantragen die Einbürgerung der folgenden unter Nummer 5 des Antrags aufgeführten Kinder (unter 16 Jahren):	
1.	2.
3.	4.
5.	6.
Passbilder der Kinder	
Passbild(er) der Kinder bitte hier einkleben	
Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten (bei gemeinsamen Sorgerecht müssen beide sorgeberechtigten Elternteile unterschreiben!)	
Ort, Datum	Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten
Ort, Datum	Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten



Anlage 1 zum Einbürgerungsantrag

1. Erklärung zum Einbürgerungsantrag

1. Die Einbürgerung ist ein mitwirkungspflichtiger Verwaltungsakt. Jede Änderung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse (z.B. Umzug, Heirat, Scheidung, Geburt Kind, Veränderungen des Arbeitsverhältnisses, etc.) ist der Staatsangehörigkeitsbehörde unverzüglich und unaufgefordert mitzuteilen.

Eine Verletzung dieser Mitwirkungspflicht kann zur Ablehnung des Einbürgerungsantrags führen!

2. Falsche oder unvollständige Angaben können zur Ablehnung des Antrags führen und strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen. Mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen die Einbürgerung zu erschleichen.

Eine Einbürgerung kann zurückgenommen werden, wenn sie durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch vorsätzliche unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist.

3. Für die Einbürgerung, aber auch für deren Ablehnung bzw. die Rücknahme des Antrags wird eine Verwaltungsgebühr erhoben:

- Gebühr für die Einbürgerung ab 16 Jahren: 255,00 EUR
- Einbürgerung von Kindern, die alleine eingebürgert werden: 255,00 EUR
- Miteinbürgerung von Kindern unter 16 Jahren,
die zusammen mit einem Elternteil eingebürgert werden: 51,00 EUR

Die Höhe der Gebühr, die für eine Antragsrücknahme bzw. Antragsablehnung erhoben wird, richtet sich nach dem im Einbürgerungsverfahren angefallenen Verwaltungsaufwand.

4. Sie müssen in der Lage sein, Ihren Lebensunterhalt und den Lebensunterhalt Ihrer unterhaltsberechtigten Familienangehörigen, ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel, wie Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII, nachhaltig zu bestreiten.

5. Die Einbürgerungsakten werden nur in elektronischer Form geführt. Bei Antragstellung dürfen sämtliche persönliche Unterlagen und Dokumente nur in Kopie eingereicht werden.

Alle in Papierform eingereichten Unterlagen werden bei Posteingang von der Poststelle des Landratsamts eingescannt und anschließend vernichtet. Eine Rückgabe von Originalen, dem Antrag fälschlicherweise beigelegt waren, ist deshalb nicht möglich.

Die Original-Dokumente müssen zu Hause bereitgehalten werden. Diese sind der Staatsangehörigkeitsbehörde zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen einer persönlichen Vorsprache vorzulegen und werden von dieser eingesehen.

Ich bestätige hiermit, dass ich die vorstehenden Informationen zur Kenntnis genommen und verstanden habe.

Unterschrift Antragsteller (ggfs. Sorgeberechtigte(r) bzw. gesetzliche(r) Betreuer(in))

Ort, Datum

Unterschrift

2. Unterrichtung über die sicherheitsmäßige Überprüfung im Einbürgerungsverfahren

(§ 3 Absatz 4 Landesverfassungsschutzgesetz - LVSG)

Die Einbürgerung ist ausgeschlossen, wenn tatsächlich Anhaltspunkte dafürsprechen, dass der Ausländer Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder dies in der Vergangenheit getan hat,

- die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder
- den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- die durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden

(§11 Satz 1 Nr. 1, 2 des Staatsangehörigkeitsgesetzes - StAG).

Die Einbürgerung ist auch dann ausgeschlossen, wenn Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass der Ausländer

- einer Vereinigung angehört oder angehört hat, die den Terrorismus unterstützt, oder
- eine derartige Vereinigung unterstützt oder unterstützt hat, oder
- sich bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt oder
- öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft oder damit droht (§11 Satz 1 Nr. 1, 2 StAG i.V.m. § 54 Nr. 2 oder 4 des Aufenthaltsgesetzes -AufenthG).

Daher wird bei jeder Einbürgerung eine sicherheitsmäßige Überprüfung aller Antragsteller und Antragstellerinnen durchgeführt, die das 16. Lebensjahr vollendet haben (§37 Absatz 2 StAG). Die sicherheitsmäßige Überprüfung erfolgt unter Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz. Zu diesem Zweck teilt die Einbürgerungsbehörde dem Landesamt für Verfassungsschutz folgende Personalien mit: Name, Vorname(n), Staatsangehörigkeit(en), Geburtsdatum, -ort und -land, Geschlecht, jetzige und frühere Wohnanschriften der letzten 8 Jahre. Das Landesamt für Verfassungsschutz wertet etwa vorhandenes eigenes Wissen und das Wissen anderer inländischer Sicherheitsbehörden (Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer) aus.

Weitergehende Ermittlungen werden vom Landesamt für Verfassungsschutz nicht durchgeführt. Wenn das Landesamt für Verfassungsschutz nach der Auswertung feststellt, dass über Sie Erkenntnisse vorhanden sind, die Ihre Einbürgerung ausschließen könnten, teilt das Landesamt für Verfassungsschutz die zugrundeliegenden Erkenntnisse dem Innenministerium Baden-Württemberg mit. Gelangt das Innenministerium zu der Auffassung, dass die mitgeteilten Erkenntnisse die Ablehnung Ihrer Einbürgerung rechtfertigen, werden Sie von der Einbürgerungsbehörde vor der Ablehnung Ihres Einbürgerungsantrags hierzu angehört.

Sofern dem Landesamt für Verfassungsschutz oder anderen inländischen Sicherheitsbehörden keine Erkenntnisse über Sie vorliegen, werden die von der Einbürgerungsbehörde mitgeteilten Daten nicht gespeichert. Liegen dagegen dem Landesamt für Verfassungsschutz oder einer anderen inländischen Sicherheitsbehörde Erkenntnisse über Sie vor, wird ein Hinweis auf die durchgeführte Überprüfung in das nachrichtendienstliche Informationssystem des Bundes und der Länder (NADIS) sowie in das Datenbanksystem des Landesamt für Verfassungsschutz aufgenommen, damit das Innenministerium unterrichtet werden kann, wenn weitere Erkenntnisse über Sie anfallen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz wird vom Abschluss Ihres Einbürgerungsverfahrens verständigt. Werden dem Landesamt für Verfassungsschutz danach neue Erkenntnisse über Sie bekannt, wird das Innenministerium informiert, sofern diese Erkenntnisse es zulassen, Ihre Einbürgerung zurückzunehmen.

Ich habe die vorstehende Erklärung über meine sicherheitsmäßige Überprüfung durch das Landesamt für Verfassungsschutz zur Kenntnis genommen.

Unterschrift Antragsteller (ggfs. Sorgeberechtigte(r) bzw. gesetzliche(r) Betreuer(in))

Ort, Datum

Unterschrift

3. Einwilligungserklärung

1. Zur Prüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen kann es erforderlich sein, dass die Staatsangehörigkeitsbehörde weitere Stellen am Einbürgerungsverfahren beteiligen muss zur Erhebung weiterer für die Bearbeitung erforderlicher Daten bzw. Auskünfte.
Insbesondere können folgende Auskunftsstellen in Betracht kommen: Ausländerbehörde, Einwohnermeldeamt (Melderegister), Polizei, Landeskriminalamt, Landesamt für Verfassungsschutz, Jobcenter, Jugendamt, Sozialamt, BAföG-Stelle, etc. ...
2. Die Ausländerakten (auch die der minderjährigen Kinder) werden von der Staatsangehörigkeitsbehörde zur Prüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen benötigt. Kann die Ausländerakte wegen Verweigerung der Einwilligung nicht beigezogen werden, muss der Einbürgerungsantrag abgelehnt werden.
3. Die Staatsangehörigkeitsbehörde ist nach ihrer Entscheidung über den Einbürgerungsantrag dazu verpflichtet, die zuständige Meldebehörde über die erfolgte Einbürgerung sowie die bestehenden oder verlorenen Staatsangehörigkeiten zu informieren.
4. Die Staatsangehörigkeitsbehörde hat nach erfolgter Einbürgerung ferner die entsprechende(n) Auslandsvertretung(en) über die erfolgte Einbürgerung zu informieren und ggf. die ausländischen Pass- und ID-Dokumente an das Konsulat zurückzusenden (nur wenn die bisherige Staatsangehörigkeit aufgegeben werden musste oder automatisch verloren geht oder wenn entsprechende zwischenstaatliche Vereinbarungen bestehen).

Mit den vorstehend unter Nummer 1 bis 4 aufgeführten Maßnahmen der Staatsangehörigkeitsbehörde und mit der Auskunftserteilung durch die beteiligten Stellen zur Prüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen bin ich einverstanden.

Sollten Anfragen bei anderen als den bereits genannten Stellen erforderlich sein, erkläre ich hiermit ebenfalls ausdrücklich mein Einverständnis. Das Informationsblatt zum Datenschutz (Anlage 2 zum Einbürgerungsantrag) habe ich erhalten.

Unterschrift Antragsteller (ggfs. Sorgeberechtigte(r) bzw. gesetzliche(r) Betreuer(in))

Ort, Datum

Unterschrift

4. Loyalitätserklärung (nur von Personen ab 16 Jahren abzugeben)

Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

1. Insbesondere erkenne ich an:

- a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen.
- b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
- f) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und
- h) dass eine Handlung, die antisemitische, rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Ziele verfolgt, mit der vom Grundgesetz garantierten Würde und Gleichheit aller Menschen unvereinbar ist und dem Bekenntnis entgegensteht.

2. Ich erkläre ausdrücklich, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgte oder unterstützt habe, die

- a) gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdend oder
- d) eine antisemitische, rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Handlung zum Ziele haben.
- e) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

3. Ich bekenne mich auch

- a) zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges.

Unterschrift Antragsteller ab 16 Jahren

Ort, Datum

Unterschrift

Anlage 2 zum Einbürgerungsantrag

Informationsblatt zum Datenschutz

(für Ihre Unterlagen bestimmt – bitte nicht zurückschicken!)

Mit dem Einbürgerungsantrag erheben und verarbeiten wir personenbezogene Daten, die Sie betreffen. Es werden auch personenbezogene Daten benötigt, die bei anderen Behörden vorhanden sind. Daher möchten wir Sie über einige Punkte informieren.

Die Daten werden durch das Landratsamt Hohenlohekreis erhoben.

Anschrift: Allee 17, 74653 Künzelsau

Telefon: 07940 18-0 (Zentrale)

E-Mail: Einbuengerung@hohenlohekreis.de

Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Landratsamtes unter denselben Kontaktdaten oder per E-Mail an Datenschutz@Hohenlohekreis.de

Ihre personenbezogenen Daten werden für die folgenden Zwecke verarbeitet:

1. Prüfung der Voraussetzungen für die Einbürgerung

Die Datenverarbeitung erfolgt auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO bzw. §§ 31 ff Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) i.V.m. §§ 8-10 StAG. Folgende Kategorien von personenbezogenen Daten werden verarbeitet:

1. Familienname, Geburtsname, frühere Namen, Vorname, Tag und Ort der Geburt, Geschlecht, Anschrift, Auskunftsperren nach § 51 Bundesmeldegesetz
2. Familienstand
3. Zur Klärung der Identität auch Aliasnamen
4. Dauer und Rechtsgrundlagen des Inlandsaufenthalts
5. Vorliegen von aufenthaltsrechtlichen Ausweisungsgründen
6. Erkenntnisse über Straf- und Ermittlungsverfahren
7. Erkenntnisse über verfassungsfeindliche oder extremistische Betätigungen
8. weitere Auskünfte, die zur Bearbeitung des Antrags oder zur Überprüfung von Angaben erforderlich sind, z.B. Auskünfte über Wohnungsanmeldungen, zur Geschäftsfähigkeit oder gesetzlichen Vertretung, zu Strafverfahren und Eintragungen im Schuldverzeichnis zu Steuerschulden, zu Unterhaltsverpflichtungen und –schulden, Beschäftigungsverhältnis, Schul- oder Studienabschluss

Ihre personenbezogenen Daten werden an die folgenden Empfänger weitergegeben:

1. Bundesverwaltungsamt (Registerbehörde)
2. Meldebehörde
3. Ausländeramt
4. Botschaften und Konsulate

Ihre personenbezogenen Daten werden auf Dauer gespeichert, so dass Ihre Rechte und die Ihrer Nachfahren in späteren Verwaltungsverfahren gewahrt werden.

Ihnen stehen folgende Rechte zu:

- Auskunftsrecht über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).
- Recht auf Datenberichtigung, sofern Ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).
- Recht auf Löschung der zu Ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.
- Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Ihren Rechtsansprüchen benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Landratsamtes gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO).
Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das Ihre Interessen überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten unrechtmäßig ist, können Sie sich mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wenden: Lautenschlagerstraße 20, 70173

Stuttgart, Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart, Tel.: 0711/615541-0, Fax:

0711/615541-15, E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de. Beschwerden können auch online unter <https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de> eingelegt werden.

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben. Sie sind verpflichtet, die personenbezogenen Daten bereitzustellen. Die Nichtbereitstellung hat zur Folge, dass eine abschließende Prüfung Ihres Antrages nicht möglich ist.

Ihre personenbezogenen Daten werden ggf. auch aus den folgenden Quellen erhoben und sind nicht öffentlich zugänglich:

Meldebehörden, Ausländerbehörden, Polizeibehörden und Bundeszentralregister ab dem 14. Lebensjahr, Verfassungsschutz ab dem 16. Lebensjahr, Standesämter, Jobcenter, Agentur für Arbeit, Sozialamt, Finanzamt, Jugendamt, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Strafverfolgungsbehörden, Gerichte, Konsulate und Botschaften, Zollbehörde, Wohngeldstelle, Gesundheitsamt, Schule, Universität oder Fachhochschule, Arbeitgeber